



**Fraktion  
im Rat  
der Gemeinde Extertal**



Extertal, 1.2.2022

An die  
Gemeinde Extertal  
Herrn Bürgermeister  
Frank Meier  
- Rathaus -  
32699 Extertal-Bösingfeld

**Familienfreundliches Extertal  
hier: Gebührenfreiheit im Kindergartenbereich**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Meier,  
der Gemeinderat möge folgende Resolution beschließen:

**Die Gemeinde Extertal fordert den Landesgesetzgeber auf, das vollständige  
Gebot der Gebührenfreiheit im Kindertagesstättenbereich umzusetzen.**

Begründung:

In diesen Tagen konnte man den Medien entnehmen, dass es im nordrhein-westfälischen Landtag in verschiedenen Fraktionen Stimmen und Bestrebungen gibt, eine gänzliche Gebührenfreiheit im Kindergartenbereich einzuführen. Aufgrund der in diesem Jahr anstehenden Landtagswahl wird das Thema sicherlich noch an Dynamik gewinnen.

Als Fraktion begrüßen wir die Initiativen ausdrücklich. Bereits seit langem vertreten wir politisch die Gebührenfreiheit.

Ein familienfreundliches Umfeld entsteht nicht von selbst, sondern kann und muss gezielt durch entsprechendes politisches Handeln gefördert werden. Dabei ist der kostenfreie Besuch eines Kindergartens (3. - 6. Lebensjahr) ein wichtiger Mosaikstein.

Der Standortfaktor der Zukunft heißt Familienfreundlichkeit. Ohne junge Familien gibt es keinen Fachkräftenachwuchs, keine neuen Unternehmen und keine Innovationen. Wir brauchen eine nachhaltige Familienpolitik. Jede Region, egal, wie sie im Vergleich abschneidet, hat Möglichkeiten, sich zu einer familienfreundlichen und damit wachstumsfähigen Region zu entwickeln. Wir haben in unserer Gemeinde

in den letzten Jahren bereits viele Schritte in dieser Richtung gemacht. Dazu gehören u.a. ein breites pädagogisches und ansprechendes schulisches Angebot im Primar- und Sekundarbereich, die Offenen Ganztagschulen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Kinder- und Jugendarbeit in Vereinen, Organisationen und Kirchengemeinden, unsere Bäder und unsere Musikschule. Wir sprechen allen in diesen Bereichen tätigen Menschen, egal, ob haupt- oder ehrenamtlich, unseren Dank aus.

Aufgrund der politischen Entscheidungsprozesse und Vorgaben aus den PISA-Studien wird zunehmend deutlich, dass die Kindergärten Teil des Bildungssystems sind. Dort wird wichtige integrationsfördernde Arbeit geleistet, sie dienen zudem der vorschulischen und schulvorbereitenden Bildung der Kinder und nicht nur als Betreuungsangebote für erwerbstätige Eltern. Deshalb wäre es folgerichtig, wie im schulischen Bereich eine Gebührenfreiheit im Rahmen des Rechtsanspruchs anzustreben. Gerade in der Kindergartenzeit werden wichtige bildungspolitische Ziele verfolgt und erfüllt. Sie sind für den späteren Lernerfolg im allgemeinbildenden Schulsystem und der erfolgreichen Eingliederung in die Berufswelt Voraussetzung. Kindergartengebühren sind somit keine konsumtiven Ausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft unserer Kinder bzw. Gesellschaft. Die Freistellung der Eltern von den Beiträgen trägt dazu bei, die mit einer Entscheidung für Kinder und Kindererziehung verbundene materielle Belastung der Eltern zu verringern. Einige Bundes- und Nachbarländer bzw. einzelne Kommunen haben bereits vollständige Gebührenfreiheit im Kindergartenbereich (Elementar- und Primarbildung). Die Maßnahme wäre somit eine wichtige familienpolitische Entscheidung.

Die UWE-Fraktion sieht die **vollständige** Abschaffung der Kindergartenbeiträge als in der Sache richtig an, auch wenn Extertal dieses Ziel nicht aus eigener Kraft erreichen kann. Die Einführung der Gebührenfreiheit muss für die Kommunen kostenneutral sein.

Wir möchten mit dem Antrag die Diskussion auf allen Ebenen anstoßen und bitten Sie, die Initiative zu ergreifen und das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Sie sollten es ebenso in der Bürgermeisterkonferenz ansprechen und die anderen lippischen Kommunen für eine gemeinsame Initiative gewinnen. Verantwortliche Landespolitiker aus Lippe sind anzuschreiben mit dem Appell, den Worten Taten folgen zu lassen, indem sich der nordrhein-westfälische Landtag mit der Thematik beschäftigt.

Eine Resolution zu diesem und anderen Themen ist als Element in unserer Demokratie ausdrücklich erlaubt und erwünscht. Sie ist ein legitimes demokratisches Mittel und kann dazu beitragen, Gesetzesinitiativen zu unterstützen und nach vorne zu bringen. Diese Form der Beteiligungsmöglichkeit ist von ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen.

Freundliche Grüße

Manfred Stoller

Michael Wehrmann